

# Gemeinsame Erklärung zur Gefahr von Finanzspekulationen für die Wahrnehmung von Menschenrechten

*Unabhängige Menschenrechtsexpert\*innen und Sonderberichterstatter\*innen der Vereinten Nationen*

Eine Gruppe unabhängiger Menschenrechtsexpert\*innen und Sonderberichterstatter\*innen der Vereinten Nationen hat die folgende gemeinsame Erklärung abgegeben. Sie weisen hin auf die schwerwiegenden negativen Auswirkungen, die Finanzspekulationen auf die Wahrnehmung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung haben sowie auf eine Reihe anderer Menschenrechte. Dazu gehören die Rechte auf Nahrung, auf angemessenes Wohnen, auf Entwicklung und auf eine gesunde und nachhaltige Umwelt, um nur einige zu nennen.

Die Expert\*innen äußern ihre Besorgnis über das graduelle Eindringen von Finanzspekulant\*innen in neue Bereiche, insbesondere in den Handel mit bestimmten Rohstoffderivaten, die für die Wahrnehmung der Menschenrechte von wesentlicher Bedeutung sind. Vor allem marginalisierte Personen und Gruppen sind hiervon betroffen, darunter indigene Völker, Menschen afrikanischer Abstammung und bäuerliche Gemeinschaften, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die mit Albinismus leben, sowie Menschen, die in einem Konfliktkontext leben. Die Expert\*innen weisen darauf hin, dass Finanzialisierung unverhältnismäßige Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Rechte von Frauen und Mädchen hat, die die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen und systematisch Opfer von Diskriminierung werden. Auch die Auswirkungen auf ältere Menschen werden hervorgehoben.

Wie der frühere Sonderberichterstatter für angemessenen Wohnraum feststellt,<sup>1</sup> wurden in den letzten Jahren weltweit enorme Kapitalbeträge in Wohnraum als Ware investiert, als Sicherheit für global gehandelte Finanzinstrumente und als Mittel zur Vermögensbildung. Die globale, bis heute wirkende Finanzkrise von 2008 wurde gerade durch das übermäßige Vertrauen der Finanzdienstleistungsakteure in hypothekarisch abgesicherte Wertpapiere ausgelöst. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurden viele Einzelpersonen und Familien über Nacht obdachlos, als ihre Häuser plötzlich einen Großteil ihres Wertes verloren hatten. In den Vereinigten Staaten von Amerika kam es 2008 zu durchschnittlich 10.000 Zwangsversteigerungen pro Tag. Innerhalb von fünf Jahren waren 35 Millionen Menschen von Zwangsräumungen betroffen. In Spanien gab es zwischen 2008 und 2013

mehr als eine halbe Million Zwangsversteigerungen, die zu über 300.000 Zwangsräumungen führten. In Ungarn kam es zwischen 2009 und 2012 zu fast einer Million Zwangsvollstreckungen. Im Globalen Süden wird Finanzialisierung anders erlebt: Informelle Siedlungen in den Städten des Südens werden regelmäßig abgerissen, um Luxuswohnungen und kommerzielle Projekte wie Einkaufszentren und andere hochwertige Dienstleistungen für die wohlhabendsten Bevölkerungsgruppen zu errichten. Wirtschaftliche Entwicklung an sich wird finanzialisiert. Diese Tendenzen haben sich während der COVID-19-Pandemie noch verstärkt. Unternehmen wie Blackstone haben sich aggressiv in Sozialwohnungen eingekauft und dabei eine Schlüsselrolle bei der Auslösung von Zwangsräumungen gespielt.

Mit der Deregulierung der globalen Finanzmärkte Ende des 20. Jahrhunderts und insbesondere nach der Verabschiedung des Commodity Futures Modernization Act [eines Gesetzes zur Liberalisierung von Warentermingeschäften, Anm. d. Red.] im Jahr 2000 in den Vereinigten Staaten stiegen Banken und institutionelle Anleger in die Märkte für Lebensmitteltermingeschäfte ein und sahen darin eine vielversprechende Möglichkeit zur Diversifizierung ihrer Anlagestrategien.<sup>2</sup> Während die oben erwähnte Immobilienblase 2008 zu platzen drohte, investierten die für die weltweite Finanzkrise verantwortlichen Großbanken Milliarden von Dollar in Lebensmittel-Futures. Dies führte zu einem Anstieg der Preise für Rohstoffe wie Weizen, Mais und Sojabohnen, die sich innerhalb weniger Monate verdoppelten und sogar verdreifachten – eine neue Spekulationsblase, diesmal im Lebensmittelbereich. Infolgedessen wurden nach Angaben der

Wir dokumentieren hier eine Erklärung vom 19. Oktober 2021. Das Original ist verfügbar unter <https://www.ohchr.org/en/statements/2021/10/joint-statement-independent-united-nations-human-rights-experts-warning-threat>

Weltbank in-  
130 und 150  
Armut und  
Länder mit  
ihrer Bevöl-  
kerung auf

nerhalb kürzester Zeit zwischen  
Millionen Menschen in extreme  
Hunger getrieben. Das betraf primär  
niedrigem Einkommen, die zur Ernährung  
auf Nahrungsmittelimporte angewiesen  
sind.

Die Finanzialisierung von Wohnraum und Lebensmitteln hat Ungleichheiten und Ausgrenzung verschärft und trifft unverhältnismäßig stark verschuldete Haushalte und Geringverdiener\*innen. Die Anwendung einer spekulativen Logik auf die Verwaltung von Vermögenswerten, die für das Leben und die Würde der Menschen wesentlich sind, verletzt die Menschenrechte von armen Personen. So werden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verschärft und die Verletzlichkeit von marginalisierten Gemeinschaften verschlimmert. Außerdem wird die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht, indem die auf Angebot und Nachfrage basierende Logik durch eine auf Spekulation beruhende Finanzlogik ersetzt wird. Die perversen Auswirkungen dieser Verlagerung, die sich in den letzten Jahrzehnten in einer Reihe von geplatzten und sich neu bildenden Spekulationsblasen gezeigt haben, werden zu einer Destabilisierung der Weltwirtschaft beitragen, nicht zu ihrer Stärkung. Zumal diese noch immer unter dem Druck der Auslandsverschuldung steht und sich nur langsam von der COVID-19-Pandemie erholt.

Seit Jahrhunderten werden Ökosysteme und die Natur zunehmend als Eigentum und Ware behandelt, die der Mensch nutzen und ausbeuten kann. In den letzten Jahrzehnten wurden Ökosystemleistungen wie z. B. die Kohlenstoffspeicherung zunehmend bepreist und zu Waren gemacht. Dieser Managementansatz bedroht die Nachhaltigkeit von Ökosystemen, marginalisiert natürliche und kulturelle Werte, die keinen offensichtlichen ökonomischen Wert haben, und schwächt die Kontrolle indigener Völker und lokaler Gemeinschaften über ihre Gebiete. Die Natur zu verschmutzen und zu zerstören, wird legitimiert und kommerzialisiert. Wie beim Wasser besteht die ernste Gefahr, dass die Kommerzialisierung der Ökosysteme und der Natur durch Finanzspekulation noch verschärft wird. Beispielsweise könnte die Bewältigung

des Klimanotstandes mithilfe schwach regulierter Terminmärkte für Emissionen und Energierohstoffe großen Banken und institutionellen Anlegern ermöglichen, einer strikten Gewinnmaximierungslogik zu folgen. Dabei würden sowohl die Auswirkungen der Preispolitik auf Menschen in Armut als auch auf die Klimaschutzziele ignoriert und schlussendlich die Menschenrechte und die Lebensgrundlagen der Ärmsten untergraben. Entscheidungen, die in weit entfernten Vorstandsetagen getroffen werden, könnten dazu führen, dass indigene Völker aus Wäldern vertrieben werden, die seit Jahrtausenden ihre Heimat sind, oder dass komplexe, alte Wälder durch Monokulturen schnell wachsender, nicht einheimischer Baumarten ersetzt werden. Gleichzeitig ist dieser Trend zur Finanzialisierung der Natur einer der Faktoren, die das Wachstum des Extraktivismus mit seinen schwerwiegenden sozialen und ökologischen Auswirkungen anheizen.

Vor Kurzem wurden an den Terminmärkten der Wall Street Wasser-Futures zum Handel angeboten. Durch diese spekulativen Praktiken soll die Festlegung der Preise im Voraus (die sogenannte Preisfindung) stabilisiert werden, wodurch die zu erwartende Wasserknappheit aufgrund des Klimawandels besser bewältigt werden könne. Tatsächlich sind es dieselben Argumente, mit denen die Entwicklung der Spekulation auf den Lebensmittel-Terminmärkten um die Jahrhundertwende gerechtfertigt wurde. Doch anstelle Preise zu stabilisieren, wurden die bereits erwähnten Preisblasen für Lebensmittel gebildet, die Preisvolatilität vergrößerte sich – mit katastrophalen Folgen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte mit der Bewirtschaftung von Grundnahrungsmitteln unter der spekulativen Logik der Terminmärkte sind ein mahnendes Beispiel dafür, wie sich Spekulationen mit lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln auf die Menschenrechte auswirken.

Terminmärkte waren traditionell Räume, in denen Verträge zwischen Rohstoffproduzenten, großen Händlern und Verbraucher\*innen ausgehandelt wurden, wobei man Verpflichtungen für die Zukunft einging. Obwohl solche Märkte

oft unter Preise verfälschenden Asymmetrien und Verzerrungen litten, konnten Erzeuger\*innen und Händler\*innen die mit Preisschwankungen verbundenen Risiken verringern. Dies änderte sich jedoch, als Ende des letzten Jahrhunderts Finanzakteure wie Investmentfonds und Banken in diese Märkte eintraten. Da diese großen Unternehmen weder die Waren produzieren noch ein Interesse daran haben, sie zu konsumieren oder zu vermarkten, verfolgen sie nur kurzfristige spekulative Ziele und manipulieren in einigen Fällen den Markt mit ihrer enormen Finanzkraft. Wetten auf künftige Preissteigerungen werden zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen. Unter dem Druck dieser Spekulationsstrategien kommt es zu missbräuchlichen Preissteigerungen und Spekulationsblasen. Dabei werden Signale aus der Realwirtschaft sowie die grundlegendsten Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten mitsamt ihren Menschenrechten ignoriert.

Im Jahr 2010 hat die UN-Generalversammlung das Mensch-enrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen anerkannt. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind nicht nur die Grundlage für die Versorgung mit Trinkwasser, sondern auch für die Hygiene, die wir zur Gewährleistung der öffentlichen Gesundheit brauchen. Wie entscheidend diese Dienste sind, zeigt sich heute im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie.

Des Weiteren hat der UN-Menschenrechtsrat erst vor wenigen Tagen [am 8. Oktober 2021, Anm. d. Red.] das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt. In der Tat hängt das Leben von Milliarden verarmter Menschen, Familien und Gemeinschaften vom guten Zustand der Flüsse, Feuchtgebiete, Seen und Grundwasserspeicher ab. Dies gilt nicht nur für die Trinkwasserversorgung, sondern auch für die Erzeugung von Nahrungsmitteln durch Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei. Aus all diesen Gründen haben Wasser und aquatische Ökosysteme in der indigenen Weltanschauung einen wesentlichen und sogar heiligen Stellenwert, der mit den Anforderungen des heutigen Nachhaltigkeitsparadigmas in Zusammenhang steht. Der Nutzen von sicherem, ausreichendem Wasser und gesunden aquatischen Ökosystemen für die gesamte Menschheit ist unermesslich. Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Klimakrise sind große Teile der Menschheit, insbesondere diejenigen, die in Armut und am Rande der Gesellschaft leben, mehr denn je auf die Nachhaltigkeit aquatischer Ökosysteme angewiesen. Dies ist unvereinbar mit der Behandlung von Wasser als Spekulationsobjekt.

Die Kommodifizierung von Wasser und die Spekulation auf den Terminmärkten tragen zur Verwundbarkeit der Ärmsten und Ausgegrenzten und zur zunehmenden Umweltzerstörung bei. Wenn wir über Wasser sprechen, geht es um Menschenrechte und lebenswichtige Werte für unsere Gesellschaften,

die von der Logik des Marktes – geschweige denn von der Logik der Spekulation – weder anerkannt noch angemessen verwaltet werden können.

Die Lehren aus der Wohnungs- und Nahrungsmittelkrise von 2008 sollten als Warnung verstanden werden: Wenn der Handel von Wasser auf Terminmärkten nicht gestoppt wird, werden Fortschritte bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen sehr viel schwieriger sein.

Die Behandlung von Wohnraum, Nahrungsmitteln, Umwelt und Wasser als Vermögenswerte, mit denen Hedge-Fonds und andere Finanzakteure auf den Derivatemarkten handeln können, stellt einen direkten Angriff auf die Ausübung und den Genuss von Menschenrechten wie das Recht auf Wohnraum, auf Nahrung, auf eine gesunde Umwelt oder auf Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen dar.

Die UN-Menschenrechtsexpert\*innen erinnern daran, dass die Regierungen im Jahr 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel verabschiedet haben, niemanden zurückzulassen. Um dies zu erreichen, sollten die Staaten unter anderem wirksame wirtschaftliche und soziale Reformen durchführen, damit die Vorteile des Wachstums gerecht an alle Bevölkerungsgruppen verteilt werden können. Das Ziel sollte sein, Ungleichheiten zu verringern und die Verwirklichung der Menschenrechte zu erreichen. Die Finanzialisierung von Wasser, Umwelt, Wohnraum oder Nahrungsmitteln steht im Widerspruch zu diesen Zielen.

Die Menschenrechtsexpert\*innen, die sich dieser Erklärung anschließen, sind besorgt über die wachsende Bedrohung, die die Finanzialisierung für die Ausübung der Menschenrechte darstellt. Sie fordern die Staaten auf:

- » eine angemessene Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie sicherzustellen. Damit könnten die negativen Auswirkungen verhindert werden, die sich aus dem Wachstum der Derivate-Märkte ergeben, die sich wiederum auf Güter, Dienstleistungen und Ressourcen beziehen, die für die Ausübung der Menschenrechte wesentlich sind;
- » im Hinblick auf die Gewährleistung des Rechts auf angemessenen Wohnraum dringend rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um das Eindringen großer Finanzunternehmen zu Spekulationszwecken in die Wohnungs-, Immobilien- und damit verbundenen Sektoren zu kontrollieren und antispekulative Maßnahmen einzuführen wie Mietenkontrollen, Preiserfassungen, steuerliche Maßnahmen, Preisstabilisierung, Gewinn Grenzen oder sog. Anti-Flipping-Steuern;<sup>3</sup>
- » sicherzustellen, dass nur qualifizierte Anleger\*innen und solche, die nicht aus Spekulationsinteressen handeln, sondern auf Basis von Marktfundamenten, mit Derivaten auf Nahrungsmittelrohstoffe handeln dürfen. So kann ein Beitrag zur Verwirklichung des Rechts auf Ernährung geleistet werden;

- » die Verschlechterung und Verschmutzung (insbesondere toxischer Art) zu verhindern und die Gesundheit und Nachhaltigkeit aquatischer Ökosysteme vor den Folgen von Spekulationsgeschäften zu schützen. Es sollten nationale und internationale rechtliche Maßnahmen gefördert werden zur Erhaltung der ökologischen Gesundheit von Flüssen, Seen, Feuchtgebieten und allen anderen Gewässern. So kann ein Beitrag zur Verwirklichung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt geleistet werden;
- » dringend rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Wasser als öffentliches Gut auf den Terminmärkten nach der dort vorherrschenden Spekulationslogik als finanzieller Vermögenswert verwaltet wird, und eine demokratische Verwaltung der Wasser- und Sanitärversorgung nach einem Menschenrechtsansatz zu fördern. So kann ein Beitrag zur Verwirklichung des Menschenrechts auf sicheres Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung geleistet werden.
  - » Ungerechtigkeiten im Umweltbereich zu verhindern und Maßnahmen zu unterbinden, die die Rechte indigener Völker, von Menschen afrikanischer Abstammung und bäuerlicher Gemeinschaften auf das Land, die Gewässer, die Ökosysteme und die biologische Vielfalt gefährden, die die Grundlage ihrer Kultur und ihres Lebensunterhalts bilden.
    - » Land-, Wasser-, und Besitztitel, Rechte und Verantwortlichkeiten von indigenen Völkern anzuerkennen, von Gruppen mit afrikanischer Abstammung und bäuerlichen Gemeinschaften. So können sie in die Lage versetzt werden, Gewohnheitsrecht, traditionelles ökologisches Wissen und ihre eigenen Verwaltungssysteme für die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser, Land, Ökosystemen und biologischer Vielfalt in ihren Lebensgebieten anzuwenden, unabhängig von kommerziellen und spekulativen Interessen und Strategien.

Diese Erklärung wurde gemeinsam von den folgenden Mandatsträgern der UN-Sonderverfahren abgegeben:

**Pedro Arrojo-Agudo**, Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung; **Balakrishan Rajagopal**, Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessenes Wohnen; **Michael Fakhri**, Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung; **David R. Boyd**, Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt; **Olivier De Schutter**, Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte; **Saad Alfarargi**, Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung; **Livingstone Sewanyana**, Unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung; **Attiya Waris**, Unabhängige Expertin für Auslandsschulden und Menschenrechte; **Melissa Upreti** (Vorsitz), **Dorothy Estrada Tanck** (stellvertretende Vorsitzende), **Elizabeth Broderick**, **Ivana Radačić** und **Meskerem Geset Techane**, Arbeitsgruppe zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen; **E. Tendayi Achiume**, Sonderberichterstatterin über zeitgenössische Formen des Rassismus; **Isha Dyfan**, Unabhängige Expertin für die Lage der Menschenrechte in Somalia; **Yao Agbetse**, Unabhängiger Experte für die Menschenrechtsslage in der Zentralafrikanischen Republik; **Vitit Muntarbhorn**, Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechte in Kambodscha.

1 A/HRC/34/51

2 See Special Rapporteur on the right to food, Food Commodities Speculation and Food Price Crises. Regulation to reduce the risks of price volatility, Briefing Note 2 (23 September 2010). [http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/20102309\\_briefing\\_note\\_02\\_en\\_ok.pdf](http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/20102309_briefing_note_02_en_ok.pdf)

3 D.h. Steuern, mit denen der spekulative, schnelle Weiterverkauf von Immobilien gebremst werden soll [Anm. d. Red.].

Aus dem Englischen von Wolfgang Obenland.

Dieser Text ist Teil des

**Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022**

## **WAS KOSTET DIE WELT?**

**NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME**



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:  
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>